

**Bürgerbrief:** Italiens Bankenkrise. Lunte am Pulverfass EU  
 von Franz Witsch  
 Hamburg, 07.07.2016

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

ich möchte den interessierten LeserInnen 2 Texte (v.a. den in sich stimmiger formulierten Text **T2**) ans Herz legen, in denen von einem möglichen, kurz bevorstehenden weltweiten Zusammenbruch des Finanzsystems die Rede ist.

Es zeichnet sich immer deutlicher ab: die Finanzkrise muss im Kapitalismus, d.h. unter der Bedingung, dass die Regeln der Kapitalverwertung gelten, direkt mit dem Blut (Steuergelder) der Bürger (Bail-out) verhindert werden. Doch lesen Sie selbst und im Anschluss daran eine mögliche Kritik:

**T1: Die Nerven liegen blank: Renzi attackiert Draghi wegen Banken-Krise**

DWN vom 06.07.2016

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/06/die-nerven-liegen-blank-renzi-attackiert-draghi-wegen-banken-krise/>

**T2: Italiens Bankenkrise: Lunte am Pulverfass EU**

Die zur Stützung des Bankensystem eingeführten Bail-in-Regelungen wurden außer Kraft gesetzt

Telepolis vom 05.07.2016

<http://www.heise.de/tp/artikel/48/48732/1.html>

Ich meine indes, dass die Schuldenblase mittlerweile so groß ist, dass das Geld der Bürger die großen Vermögen (die durch die Schulden so immens angewachsen sind) nicht mehr retten wird, zumal die Vermögen in fiktiver Form: in Gestalt von Wertpapieren existieren, freilich nur solange, wie sie durch „richtiges“ Geld (gesetzliches Zahlungsmittel, mit dem man auch in Geschäften wie Aldi oder Karstadt einkaufen kann) bedient werden.

Können Wertpapiere nicht mehr bedient werden, kommt der Crash: ihr Wert sinkt gegen Null. Ihr Wert ist fiktiv, weil er davon abhängt, dass sie bedient (getilgt und Zinsen gezahlt) werden.

Ihr fiktiver Wert ist unglücklicherweise der tiefere Grund, warum höhere (Reichen)Steuern genauso wenig nachhaltig etwas bringen wie höhere Zinsen. Das weiß die Politik, ohne es direkt zu sagen. Der blöde Bürger soll nämlich daran glauben, um im Ernstfall an höheren Steuern sichtbar – wie von der rechthaberischen Politik vorhergesagt – zu scheitern.

Nun, und auf die Blödheit der Linken ist diesbezüglich seit 100 Jahren Verlass. Es ist doch so: Politiker schonen die großen Vermögen nicht deshalb, weil sie die Vermögensbesitzer lieben. Das mögen sie tun oder auch nicht (z.B. Linke). Entscheidend ist aber, dass sie sich selbst, ihren Job, lieben und (Linke eingeschlossen) ihn weiter machen wollen wie eh und je nach Regeln, die sie lebenslang – "Sinn"-produzierend (Luhmann) – verinnerlicht haben.

Die Zentralbanken helfen der Politik mit ihrer Niedrigzins-Politik, auch wenn Politiker ständig an dieser herumäkeln. Zentralbanken werden, auch wenn sie, von der Politik verlogen gedrängt, immer wieder steigende Zinsen ankündigen, aber zur sogenannten Normalität steigender Zinsen (u.a. im Interesse privater Altersvorsorge) dennoch nicht zurückfinden. Im Gegenteil, die Zinsen werden weiter sinken, negativ werden müssen, damit alles so bleiben kann wie es ist - indes immer nur vorläufig. Denn man gewinnt nur Zeit. Und die läuft irgendwann gänzlich ab, selbst im Falle negativer Zinsen, die nichts, aber auch gar nichts ändern werden.

Negative Zinsen werden sich allerdings nur mit einem umfassenden Bargeldverbot (damit einhergehender flächendeckender Überwachung der Bürger) realisieren lassen, um zu verhindern, dass der Bürger durch das Horten von Bargeld (unter dem Kopfkissen) den negativen Zinsen ausweicht. Er soll gnadenlos in den Konsum geprügelt und die Staaten zugleich von Schulden entlastet werden.

Das alles lässt sich aus den Texten herauslesen. Was sich nicht unmittelbar herauslesen lässt, ist, welche nachhaltigen Lösungen sich anbieten könnten. Die Texte beschreiben Symptome, indes nicht, wie sie nachhaltig kuriert werden könnten.

Mit anderen Worten, die Autoren der Texte analysieren nur halbherzig; sie denken ihre Theorien, die in ihre Texte implizit (unausgesprochen) eingelassen sind, nicht zu Ende. Wie auch, wenn von Theorien explizit nicht die Rede ist?

So bleibt am Ende nur, wachsende Schulden, verursacht durch anhaltend niedrige Zinsen bis hin zu negativen Zinsen, zu beklagen und als Therapie das anzubieten, was die Politik uns ohne Unterlass einredet: zu hohe Schulden verlangen Schuldenabbau – eine unvermeidliche Trivialität, die die Analyse entwertet.

Man fragt sich, warum sich über Politiker aufregen, wozu überhaupt analysieren, Texte schreiben, wenn man Lösungen – Sparen, Rückkehr zu "normalen" Zinsen, Reichensteuer etc. – ohnehin nur wiederkäut.

Im Buch „Die Politisierung des Bürgers“ bemühe ich mich, Trivialitäten nach Möglichkeit wie folgt zu vermeiden (**DP2**, Einleitung, S. 43-45):

»(...) Bleibt vielleicht die Frage aufzuwerfen, ob die von Gewerkschaften, Globalisierungskritikern und Sozialverbänden geforderten Spitzensteuersätze, vielleicht eine Reichensteuer bis hin zu Zwangsanleihen, die Staatshaushalte sanieren können. Ich denke, dass steigende Spitzensteuersätze und Reichensteuer aus moralischen Gründen geboten sind. Sie würden aber wahrscheinlich eine ökonomisch verursachte soziale Katastrophe nicht verhindern, allenfalls hinauszögern. Das muss natürlich versucht werden.

Dennoch: nachhaltige Lösungen wären nur durch eine EZB-Direktfinanzierung des Gemeinwohls ohne Zins- und Tilgungsverpflichtungen sichergestellt. Kommen wird es anders; eher lässt man die Welt zugrunde gehen: Der italienische Regierungschef Monti redet offen von einer psychologischen Auflösung Europas. Teile der schwarz-gelben Koalition sind zwar nicht mehr so deutlich dafür, an Griechenland ein Exempel zu statuieren. Doch das wird sich auch wieder ganz schnell ändern, wenn die Krise sich nicht mehr unter dem Deckel halten lässt und die Menschen bedrängt. Man glaubt, man habe alles im Griff.

Irrtum. Kippt Griechenland, was immer noch sehr wahrscheinlich ist, müssen Spanien und Italien gerettet werden. Das wird uns mit Sicherheit überfordern; mit oder ohne ESM-Banklizenz; dann kippt der Euro. Es wird zu einer Weltwährungskrise kommen mit unabsehbaren Folgen für die Realwirtschaft; ein Szenario, das kurzfristig verhindert werden kann, wenn, wie von Oskar Lafontaine gefordert, die Zentralbank dem Staat Kredite einräumen dürfte.

Abgesehen davon, dass das mittelfristig wahrscheinlich nicht reicht, ist eine EZB-Direktfinanzierung durch die aktuelle Gesetzeslage, das Grundgesetz, nicht gedeckt. Dafür gibt es Schuldenbremsen im Grundgesetz. Also macht man

weiter wie bisher; vor allem, um große Vermögen: den privaten Finanzsektor, zu retten. Ich denke, dass er aufgelöst gehört.

Ob Lafontaine einem Auflösungsverfahren zustimmen würde, lassen seine Vorschläge einer direkten EZB-Finanzierung, aber auch seine öffentlichen Reden nicht erkennen.

Im Prinzip wäre es ganz einfach, wenn man sich dazu durchringen würde, am privaten Finanzsektor vorbei, also ohne private Geldschöpfungsvorgänge zu bemühen, exakt so viel Geld zu drucken wie wir brauchen, um die Bedürfnisse der Menschen nach Arbeit und Konsum zu befriedigen. Das gelingt nur, wenn, wie in **(DPB, 110f)** beschrieben, das Geld als reale Größe in den Wirtschaftskreislauf, bzw. Produktionszyklus gelangt; über den Geschäftsbankensektor gelangt es als Kredit und damit fiktive Größe in den Markt oder die Zirkulation und berührt von dort aus die reale Produktion nur dann, wenn Mehrwert produziert wird.

Das heißt, die Unterkonsumtion kann unter der Bedingung, dass die Regeln der Kapitalverwertung gelten, nicht behoben werden; im Gegenteil, sie steigt munter weiter und damit der Systemwiderspruch – unabhängig davon, wie hoch die Gewinne der Unternehmen sind; sie ändern an der Mehrwertschwäche nicht das geringste.

Gelangt das Geld indes als reale Größe, sprich: nicht als Kreditgeld, in den Wirtschafts-, bzw. Produktionszyklus, könnte die sogenannte Nachfragerlücke, die Keynes noch so sehr zu schaffen machte, vorhersehbar und nachhaltig geschlossen werden, freilich an realen Bedürfnissen orientiert. Dafür brauchen wir die äußerst profitable wiewohl völlig unsinnige Kreditgeldschöpfungsfunktion des Geschäftsbankensektors nicht, die die Verwendung des Geldes an den Mehrwert bindet.

Ob Lafontaine sich allerdings mit dem Prinzip einer unmittelbaren Bedienung menschlicher Bedürfnisse als Teil der Produktion, wie in **(DPB, 82-127)** gefordert, anfreunden kann, ist all seinen Ausführungen nicht zu entnehmen; das Prinzip lautet in den sozial-ökonomischen Kategorien von Marx: man druckt Geld an der Kapitalverwertung vorbei mit der Folge, dass der Mehrwert nicht mehr bedient wird; er stirbt, so dass innerhalb der Produktion die sozialen Belange der Bürger bedient werden können; wobei sich die Menge des Geldes an den Produktionskapazitäten orientieren müsste, um Inflation zu vermeiden, eine Anforderung, die sich fiskalpolitisch ohne weiteres realisieren ließe.

Vor allem würde, wie von Deutschmann (DEC-EWK, 5f; DEC-GRF) gefordert, erst auf diese Weise das Geld zu einem öffentlichen Gut werden, das allen Menschen in gleicher Weise zur Verfügung stehen könnte. Der Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft, wie sie dem frühen Marx vorschwebte, wäre frei; ob sie gelingen würde, steht auf einem anderen Blatt. Versuchen sollten wir es.«

Herzliche Grüße  
 Franz Witsch  
[www.film-und-politik.de](http://www.film-und-politik.de)

#### Quellen:

**DPB:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2009

**DP2:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2012

**DEC-EWK:** Christoph Deutschmann, Ende und Wiederkehr des Keynesianismus. Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik, erschienen in Leviathan 3/03 und in gekürzter Fassung in der Frankfurter Rundschau vom 02.12.2003.

**DEC-GRF:** Christoph Deutschmann, Soziologe über Fetischisierung des Geldes: Geld erfüllt religiöse Funktionen, TAZ vom 13.10.2008